

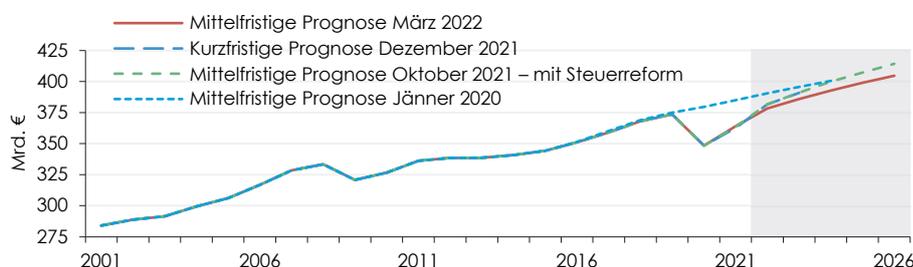
# Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten

## Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

- Österreichs Volkswirtschaft dürfte 2022 um 3,9% wachsen und damit trotz des Ukraine-Krieges noch kräftig expandieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Wachstum jedoch deutlich geringer.
- Der internationalen Entwicklung folgend schwächt sich das BIP-Wachstum bis zum Ende des Prognosehorizontes im Jahr 2026 auf 1,4% ab.
- Die zunehmende Arbeitskräfteknappheit führt trotz Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu einem merklichen Rückgang der Arbeitslosenquote. Sie erreicht bereits 2022 das Vorkrisenniveau und wird bis 2026 auf 6% sinken.
- Der Ukraine-Krieg erhöht die wirtschaftliche Unsicherheit, dämpft die Konsum- und Investitionsfreudigkeit und verteuert vor allem Energie. Aufgrund der stärkeren Abhängigkeit Österreichs von russischem Erdgas wird das heimische BIP bis 2026 um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als im Euro-Raum.
- Der kräftige Preisauftrieb auf dem Weltmarkt, der bereits 2021 eingesetzt hatte, wird 2022 durch die Omikron-Welle in China und den Ukraine-Krieg noch verstärkt und verlängert. Getragen wird er insbesondere vom starken Anstieg der Energiepreise.
- Für 2022 wird in Österreich eine Inflationsrate von knapp 6% erwartet. Mittelfristig wird sich die Teuerung auf 2¼ Prozentpunkte abschwächen.
- Das Budgetdefizit sinkt heuer auf 2,4% des BIP und geht bis 2026 auf 0,4% zurück.

### Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit (–6,7%). Der Rebound (2021 +4,5%) wird 2022 (+3,9%) durch den Ukraine-Krieg gedämpft. Das durchschnittliche BIP-Wachstum 2022/2026 dürfte um ½ Prozentpunkt schwächer ausfallen als noch in der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2021 angenommen (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

**"Der Ukraine-Krieg dämpft auch die österreichische Wirtschaftsentwicklung. Im Vergleich zur letzten mittelfristigen Einschätzung vor Kriegsausbruch (Oktober 2021) erwartet das WIFO für 2022 ein um zumindest 1% geringeres Wirtschaftswachstum. Nach fünf Jahren dürfte das Niveau der Wirtschaftsleistung um rund 2¼% geringer sein."**

# Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten

## Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

### Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Die österreichische Wirtschaft erholte sich 2021 spürbar von der COVID-19-Krise. Infolge des Ukraine-Krieges und der Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie fallen die Wachstumsaussichten für 2022 (+3,9%) jedoch um 1 Prozentpunkt schwächer aus als noch letzten Herbst erwartet. Getragen von den internationalen Entwicklungen schwächte sich das BIP-Wachstum bis 2026 auf das mittelfristige Trendwachstum von rund 1½% ab (Ø 2022/2026 +2,1% p. a., Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Trotz dieser markanten Abschwächung bewirkt die durch den demografischen Wandel ausgelöste, zunehmende Arbeitskräfteknappheit im Prognosezeitraum einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote erreicht bereits 2022 das Vorkrisenniveau und wird 2026 voraussichtlich bei 6% liegen. Die Omikron-Welle in China und vor allem der Ukraine-Krieg verstärken und verlängern den bereits seit 2021 auf den internationalen Märkten beobachteten kräftigen Preisauftrieb. Getragen wird er vor allem von stark steigenden Energie-, Rohstoff- und Vorproduktpreisen sowie einem markanten Anstieg der Transportkosten aufgrund von Kapazitätsengpässen und daraus resultierenden Lieferverzögerungen. In Österreich werden die Verbraucherpreise 2022 um knapp 6% und 2023 um 3¼% steigen. Die Inflationsrate dürfte jedoch auch in der mittleren Frist zumindest ¼ Prozentpunkt über dem 2%-Zielwert der EZB liegen. Obwohl heuer zusätzliche Ausgaben getätigt werden, um die Kaufkraftverluste infolge der hohen Inflation abzufedern und die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherzustellen, liegt die für 2022 prognostizierte Defizitquote gegenüber der mittelfristigen Einschätzung vom Oktober 2021 (einschließlich Steuerreform) unverändert bei 2,4% des nominellen BIP. Dies ist auf einen inflationsbedingten Anstieg der Einnahmen zurückzuführen. Bis 2026 dürfte die Budgetdefizitquote auf 0,4% des BIP sinken.

### The War in Ukraine Clouds Medium-term Economic Outlook. Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2022 to 2026

The Austrian economy recovered quickly from the COVID-19 crisis in 2021. The growth outlook for 2022 (+3.9 percent) is 1 percentage point weaker than expected last fall due to the war in Ukraine and the omicron wave of the COVID-19 pandemic. In line with the assumed global economic scenario, GDP growth is expected to slow to the medium-term trend growth rate of around 1½ percent by 2026 (Ø 2022-2026 +2.1 percent p.a., Ø 2010-2019 +1.5 percent p.a.). Despite this marked economic slowdown, the increasing labour shortage triggered by demographic change causes a significant reduction in unemployment: the unemployment rate reaches pre-crisis levels already in 2022 and is expected to be 6 percent in 2026. The omicron wave in China and especially the Ukraine war will reinforce and prolong the strong upward pressure on prices that has prevailed globally since 2021. The upward pressure is being driven primarily by sharp rises in energy, raw material, and intermediate product prices as well as a marked increase in transport costs due to supply bottlenecks and delivery lags. In Austria, consumer prices will rise by almost 6 percent in 2022 and by 3¼ percent in 2023. Even in the medium term the inflation rate is likely to remain at least ¼ percentage point above the 2 percent inflation target of the ECB. Despite additional government spending to counter the loss of purchasing power due to high inflation and care provision for refugees from Ukraine, the projected deficit ratio for 2022 is unchanged from the October 2021 medium-term assessment (including the tax reform) at 2.4 percent of nominal GDP. This is mainly due to an inflation-driven increase in revenues. By 2026, the budget deficit is expected to decline to 0.4 percent of GDP.

**JEL-Codes:** E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom März 2022 für die Jahre 2022 und 2023 (Schiman & Ederer, 2022, in diesem Heft). Informationen, die bis zum 24. März 2022 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Nach dem 24. März 2022 veröffentlichte Daten, wie z. B. die von Statistik Austria veröffentlichten Informationen zum Staats- und Haushaltskonto (1. April 2022), konnten in die vorliegende Prognose nicht mehr aufgenommen werden. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Begutachtung:** Gabriel Felbermayr, Christian Glocker, Simon Loretz, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)) • Berechnungen abgeschlossen am 24. 3. 2022, Text abgeschlossen am 2. 5. 2022

**Kontakt:** Josef Baumgartner ([josef.baumgartner@wifo.ac.at](mailto:josef.baumgartner@wifo.ac.at)), Serguei Kaniovski ([serguei.kaniovski@wifo.ac.at](mailto:serguei.kaniovski@wifo.ac.at)), Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at))

## 1. Überblick und grundlegende Annahmen

Die Aussichten für die Weltwirtschaft und Österreichs Volkswirtschaft haben sich seit der letzten mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2021 (Baumgartner et al., 2021a) durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich verschlechtert. Das WIFO rechnete nach dem Abklingen der Delta-Welle der COVID-19-Pandemie, die zum vierten österreichweiten Lockdown und abermals zu einem Rückgang der saisonbereinigten Wirtschaftsleistung geführt hatte (IV. Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal), mit einem Rebound ab dem I. Quartal 2022. Mittelfristig wurde ein überwiegend konsumgetragenes<sup>1)</sup>, robustes Wirtschaftswachstum von 2,6% p. a. prognostiziert (real), das deutlich kräftiger ausfallen sollte als im Durchschnitt der Jahre 2010/2019 (+1,5% p. a.).

Durch die Omikron-Welle (im I. Quartal 2022), den Ukraine-Krieg und die Sanktionen gegen Russland haben sich die mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten allerdings deutlich eingetrübt. Zugleich hat sich der Inflationsdruck – getrieben von den Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen sowie Engpässen in den weltweiten Lieferketten – weiter verstärkt. Vor diesem Hintergrund

rechnet das WIFO für den Zeitraum 2022 bis 2026 nur mehr mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 2,1% pro Jahr (real).

Die vorliegende mittelfristige Prognose baut auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose von Ende März 2022 auf (Schiman & Ederer, 2022) und erweitert den Betrachtungshorizont bis zum Jahr 2026. Die Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung ist derzeit stark von den Annahmen zum weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges und zur Entwicklung der europäischen Energieimporte aus Russland abhängig: in der WIFO-Konjunkturprognose von März 2022 wurde unterstellt, dass insbesondere Erdöl und Erdgas weiter von Russland in die EU fließen und die EU-Sanktionen gegen Russland weiterhin keinen Importstopp dieser beiden Energierohstoffe umfassen. Aus Konsistenzgründen wurde diese Annahme auch für die Fortschreibung der Prognose für den Zeitraum 2024/2026 beibehalten, obgleich angenommen wurde, dass der Anteil an russischem Erdöl und Erdgas im importierten Energiemix zurückgeht. Eine qualitative Einschätzung zu den Folgen eines EU-Energieembargos auf russisches Erdöl und/oder Erdgas findet sich in Kapitel 4 (Prognoserisiken).

**Durch den Ukraine-Krieg haben sich die Wirtschaftsaussichten seit der letzten mittelfristigen WIFO-Prognose deutlich eingetrübt.**

## 2. Internationale Rahmenbedingungen

Im Jahr 2021 erlebte die Weltwirtschaft aufgrund der raschen Erholung von der COVID-19-Krise einen Boom. Das reale BIP der fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Länder(-gruppen) wuchs 2021 um 5,4% (Ø 2010/2019 +2,1% p. a., höchstens +3,0%). In den Industrieländern hatte sich die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte in der Krise zugunsten der (langlebigen) Konsumgüter verschoben, während sie in ihrer Vermögensveranlagung weiterhin auf (Wohn-)Bauinvestitionen fokussierten. Von der Erholung im Jahr 2021 profitierten daher insbesondere die Industrie und die Bauwirtschaft sowie die damit verbundenen produktionsnahen Dienstleistungsbereiche, wo die Produktion bereits im Frühjahr 2021 das Vorkrisenniveau überschritten hatte. Der weltweite Boom in diesen Sektoren führte zu einer vermehrten Nachfrage nach Energie, Rohstoffen und Vorprodukten für die Herstellung von Waren und einer starken Ausweitung des internationalen Warenhandels. Aufgrund von Kapazitätsbeschränkungen konnte das Angebot allerdings nicht mit der Nachfrage schritthalten. Dadurch stiegen sowohl die Weltmarktpreise für Energie und

Rohstoffe als auch die Frachtraten auf neue Höchststände.

Für 2022 und 2023 ist infolge des Ukraine-Krieges noch mit einer weiteren Beschleunigung des Energie- und Rohstoffpreisauftriebes und einer Verschärfung der Liefereinschränkungen zu rechnen, zu der auch die Null-COVID-Strategie in China beiträgt. Mittelfristig ist durch eine Ausweitung der Produktions- und Transportkapazitäten einerseits und das Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik andererseits eine Verringerung des Rohstoffpreisauftriebes, eine Entspannung der Liefereinschränkungen und eine Reduktion der Transportkosten zu erwarten.

Im Jahr 2021 war Russland der weltweit größte Exporteur von Erdgas, der zweitgrößte Exporteur von Erdöl und der drittgrößte Exporteur von Kohle, während Europa bei Erdgas (75%) und Erdöl (50%) die wichtigste Abnehmerregion war (U.S. Energy Information Administration, 2022)<sup>2)</sup>. Die enormen Preissteigerungen bei Erdöl (weltweit) und Erdgas (vor allem in Europa) im Jahr 2021, die durch den Angriffskrieg Russlands

**Industrie, Bauwirtschaft und produktionsnahe Dienstleistungsbereiche profitierten weltweit von einer starken Erholung nach der COVID-19-Rezession.**

<sup>1)</sup> Der private Konsum profitiert annahmegemäß vor allem von der Ersparnisbildung durch die eingeschränkten Konsummöglichkeiten in der COVID-19-Pandemie und von der Erhöhung des verfügbaren Haushaltseinkommens durch die Steuerreform 2022/2024.

<sup>2)</sup> Russland ist mit einem jährlichen Exportvolumen zwischen 75 und 85 Mio. t auch der weltweit größte Weizenexporteur (rund 25% des weltweiten Exportvolumens, USDA), der größte Exporteur von Düngemitteln und ein wichtiger Lieferant von bestimmten Metallen wie Nickel, Palladium und Chrom.

auf die Ukraine seit Ende Februar 2022 noch einen weiteren Schub erhielten, treffen die europäische Wirtschaft durch ihre höhere Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen zwar besonders hart, dämpfen jedoch die Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft.

Vor dem Hintergrund der Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Krieges wurden die Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten Handelspartnerregionen für das vorliegende Update der mittelfristigen Prognose gegenüber der Einschätzung vom Oktober 2021 angepasst<sup>3)</sup>.

## Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,2	- 6,5	+ 5,3	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	
MOEL 5 <sup>1)</sup>	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,0	- 3,7	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	
USA	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,4	- 3,4	+ 5,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	
Schweiz	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	- 2,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	
China	+ 7,4	+ 6,0	+ 5,1	+ 2,2	+ 8,1	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,3	+ 5,1	+ 4,6	
Insgesamt, exportgewichtet <sup>2)</sup>	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,4	- 5,0	+ 5,4	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8	
<b>Annahmen zur Prognose</b>											
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	83	60	92	42	71	110	96	89	85	83
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,15	1,13	1,14	1,18	1,12	1,10	1,13	1,15	1,15
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,1	- 0,4	0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	0,3	0,5	0,8	1,0
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,0	- 0,1	0,9	- 0,5	- 0,4	0,2	0,6	0,9	1,2	1,5

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – <sup>2)</sup> Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

**Neben den Auswirkungen des Ukraine-Krieges (u. a. hohe Rohstoffpreise) hemmen auch pandemiebedingte Lieferverzögerungen, hohe Transportkosten sowie eine Knappheit an (qualifizierten) Arbeitskräften das Wachstum der Weltwirtschaft.**

**Das Marktwachstum der für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländer wird sich von 3½% 2022 auf 1¾% 2026 abschwächen.**

Für den **Euro-Raum** wird für 2022 nunmehr von einem Wachstum von 3,2% ausgegangen (statt +4,7%; real), das sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf das Trendwachstum von 1½% abschwächt. Für die **MOEL-5-Länder**, die aufgrund ihrer Vernetzung mit dem russischen Erdöl- und Erdgaspipelinesystem eine besonders hohe Abhängigkeit von russischer Energie aufweisen, werden die Wachstumsaussichten für 2022 ebenfalls kräftig von 5,2% auf 3,9% gesenkt (Abbildung 1).

**China** setzt aufgrund seiner strikten Null-COVID-Politik immer wieder weitreichende Lockdown- bzw. Quarantäne-Maßnahmen (z. B. in Shanghai und Peking) zur Eindämmung der Omikron-Welle. Das Wirtschaftswachstum in China dürfte sich daher von 8,1% im Jahr 2021 auf 5,0% (2022; mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2021 +5,8%) abschwächen und sich 2023 wieder auf 5,5% erhöhen. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird dann eine neuerliche Abschwächung auf 4,6% erwartet. Da die Wirtschaft der **USA** in geringerem Ausmaß von russischer Energie abhängt, fallen die Abwärtsrevisionen durch den Ukraine-Krieg für die USA geringer aus. Zudem profitieren die

USA von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage aus Russland nach Übersee (z. B. Flüssiggas). Für 2022 wird für die USA ein Wirtschaftswachstum von 3½% erwartet (mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2021+4%), das sich bis 2026 in Richtung des Trendwachstums von 2% verringert.

Rund 80% der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Gewichtet mit den heimischen Exportanteilen (Marktwachstum) wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in dieser Ländergruppe 2022 um rund 3½% wachsen. Bis 2026 wird das Marktwachstum dann auf rund 1¾% abnehmen.

Für das Jahr 2022 wird ein **Rohölpreis** (je Barrel der Sorte Brent) von 110 \$ unterstellt, der bis 2026 auf 82,5 \$ zurückgeht (jeweils im Jahresdurchschnitt). Die Annahmen des WIFO zur künftigen Entwicklung des Rohölpreises basieren auf den mittelfristigen Markterwartungen, wie sie die Futures-Notierungen für die Sorte Brent bis 2026 wiedergeben. Diese Markterwartungen spiegeln die unterschiedlichen Annahmen der Marktakteure von Mitte März 2022 wider<sup>4)</sup>.

<sup>3)</sup> Für die Jahre 2022 und 2023 wurden die internationalen Annahmen von Schiman und Ederer (2022) übernommen. Für die Periode 2024 bis 2026 basieren die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 22. März 2022.

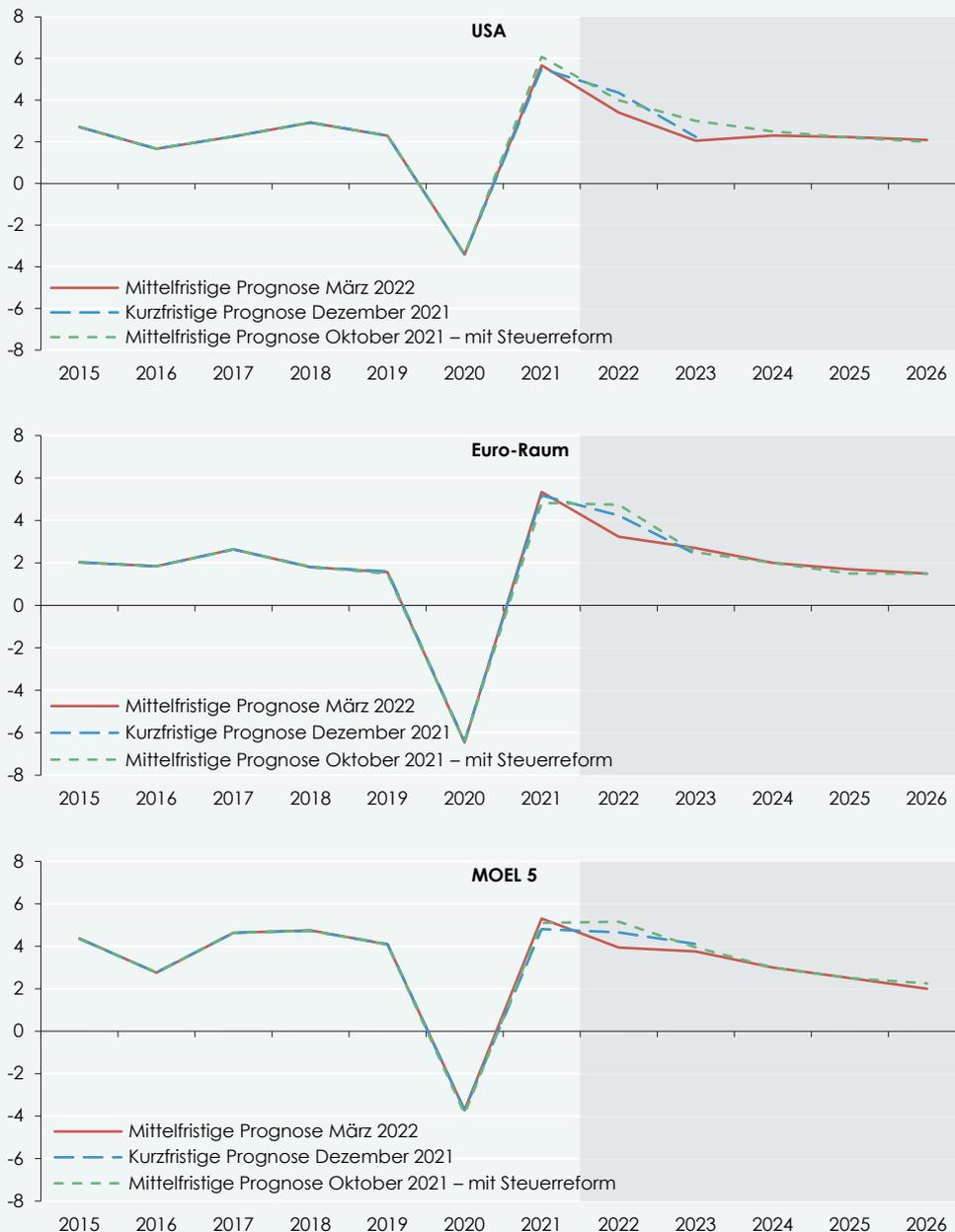
<sup>4)</sup> Sie liegen zwischen den beiden Extremen eines ungehinderten Erdöflusses von Russland nach Europa und einer vollkommenen Einstellung der Erdöllieferungen (durch Russland oder aufgrund von Sanktionen der EU). Denkbar ist auch eine Drosselung der Liefermenge.

Für den **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** wird auf der Basis der Markterwartungen, wie sie in den Futures-Notierungen

von Mitte März 2022 bis zum Jahr 2026 abgebildet wurden, mit einem leichten Anstieg von 1,12 \$ auf 1,15 \$ je € gerechnet.

Abbildung 1: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** wird in der ersten Jahreshälfte 2022 eine Anhebung der Leitzinsen (Federal Funds Rate) erwartet. Für die Folgejahre wird mit einer weiteren Straffung des geldpolitischen Kurses gerechnet. In der **europäischen Geldpolitik** dürfte 2022 zunächst der Ausstieg aus den krisenassoziierten Anleiheankaufprogrammen im

Mittelpunkt stehen. Eine Anhebung des Hauptrefinanzierungssatzes wird für Anfang 2023 erwartet. Für die weiteren Jahre bis 2026 wird für den Kurs der EZB eine weitere langsame Abkehr von der expansiven Ausrichtung unterstellt. Auf Basis dieses geldpolitischen Szenarios wird der Dreimonatsszinssatz im Euro-Raum 2022 bei -0,4% liegen und bis

**Die Geldpolitik der EZB dürfte ab Jahresbeginn 2023 gestrafft werden. 2026 liegt die Sekundärmarktrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen annahmemaß bei 1½%.**

2026 auf voraussichtlich 1% ansteigen. Für die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen wird ein Anstieg

von 0,2% 2022 auf 1½% im Jahr 2026 angenommen.

### 3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

#### 3.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2022 und 2023 (Schiman & Ederer, 2022) und auf Grundlage der Annah-

men zur internationalen Entwicklung (Kapitel 2) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 3.5) für die Jahre 2024 bis 2026 wird die wirtschaftliche Entwicklung bis 2026 mit Hilfe des WIFO-Macromod prognostiziert.

#### Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung in % p. a.									
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>										
Real	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4
Nominell	+ 2,9	+ 2,4	+ 5,0	- 4,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,6	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup>	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,8	- 0,4	+ 5,5	+ 5,8	+ 6,1	+ 4,4	+ 3,9	+ 3,7
Pro Kopf, real <sup>2)</sup>	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	- 2,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>3)</sup>	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	- 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	- 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
	In %									
<b>Arbeitslosenquote</b>										
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,9	5,6	4,6	6,0	6,2	4,9	4,7	4,6	4,5	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,2	8,3	6,3	9,9	8,0	6,7	6,5	6,3	6,1	6,0
	In % des BIP									
<b>Außenbeitrag</b>	3,3	2,7	- 0,1	2,9	0,9	0,0	0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,3
<b>Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition</b>	- 1,9	- 2,7	- 1,0	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 1,1	- 0,7	- 0,6	- 0,4
<b>Zyklisch bereinigter Budgetsaldo</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,4	- 2,4	- 1,1	- 5,2	- 4,0	- 2,3	- 1,3	- 0,8	- 0,6	- 0,4
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 1,4	- 2,6	- 1,6	- 5,5	- 4,2	- 2,5	- 1,4	- 1,4	- 1,3	- 1,1
<b>Struktureller Budgetsaldo</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 0,9	- 2,4	- 1,1	- 5,2	- 4,0	- 2,3	- 1,3	- 0,8	- 0,6	- 0,4
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 0,8	- 2,6	- 1,6	- 5,5	- 4,2	- 2,5	- 1,4	- 1,4	- 1,3	- 1,1
<b>Staatsschuld</b>	83,0	77,9	73,6	83,2	83,0	79,1	75,6	73,2	71,0	69,0
	In % des verfügbaren Einkommens									
<b>Sparquote der privaten Haushalte</b>	7,6	9,9	6,6	14,4	11,4	7,8	7,2	6,4	6,0	5,7
	Veränderung in % p. a.									
<b>Trendoutput, real</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
	In % des Trendoutputs									
<b>Outputlücke, real</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 0,8	- 0,6	+ 0,1	- 5,4	- 2,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 0,9	- 0,2	+ 0,9	- 5,0	- 2,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Für 2022 wird eine hohe Inflation von 5,8% erwartet, die zu einem deutlichen Bruttoreal-lohnverlust pro Kopf führt (-2,3%). Dieser wird allerdings durch die ab 1. Jänner 2022 wirk-samen ersten Maßnahmen der (ökosozialen) Steuerreform 2022/2024 teilweise kompen-siert. Für 2022 wurden bis zum Ende des I. Quartals zusätzlich zwei Maßnahmenpa-kete zur Abfederung der Teuerung verab-schiedet. Die Steuerreform und die Maßnah-men zum Teuerungsausgleich begrenzen den Rückgang des **realen verfügbaren Haushaltseinkommens** 2022 auf 0,2%. 2023 dürften die verfügbaren Einkommen real um 1,6% wachsen. Im Zuge der Konjunkturab-schwächung wird sich das Wachstum des verfügbaren Realeinkommens bis 2026 dann auf 1% reduzieren.

Der **private Konsum** profitiert im gesamten Prognosezeitraum von den Ersparnissen, die während der Lockdowns 2020/21 gebildet wurden: Infolge der eingeschränkten Kon-summöglichkeiten war es in der COVID-19-Krise zu "Zwangssparen" gekommen. Da die privaten Haushalte dieses zusätzliche Ver-mögen überwiegend als liquide Einlagen bei den Kreditinstituten halten, dürften die Rück-lagen ab 2022 schrittweise abgebaut wer-den. Der private Konsum wächst 2022/2026 um durchschnittlich 2,3% p. a. Die Sparquote

beträgt im Durchschnitt der Prognosejahre 6,6%.

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicher-weise im Gleichschritt mit der internationa-len Konjunktur. Für 2022 wird für die wichtigs-ten Zielregionen ein Marktwachstum von 3½% unterstellt. Die Exporte insgesamt dürf-ten 2022 um 6,1% expandieren (Übersicht 3), was dem verzögerten Rebound-Effekt bei den Reiseverkehrsexporten geschuldet ist (+79% im Gesamtjahr 2022). Diese im Vorjah-resvergleich enorme Zuwachsrate ist auf den bis Mai 2021 aufrechten Lockdown zu-rückzuführen. Im Zeitraum 2023 bis 2026 wird sich das Exportwachstum insgesamt, dem in-ternationalen Konjunkturbild folgend, dann von 3,9% auf 2,8% abschwächen.

Ein ähnliches Bild einer verzögerten Erholung zeigt sich auch auf der Importseite: die Ge-samt**importe** entwickeln sich günstig – ge-trieben von der Inlandskonjunktur, den Ex-porten sowie der Nachfrage nach Investiti-ons- und dauerhaften Konsumgütern. Der Zuwachs von +4,6% im Jahr 2022 wird eben-falls vom Aufholprozess im Reiseverkehr do-miniert (+53,6%). In den Jahren 2023 bis 2026 wird sich das Importwachstum im Einklang mit der Entwicklung der inländischen Nach-frage von 3,8% auf 2,9% verlangsamen.

**Das Wachstum des privaten Konsums schwächt sich im Prognosehorizont von 3,9% 2022 auf 1,3% im Jahr 2026 ab.**

### Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung in % p. a.									
<b>Konsumausgaben</b>										
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,6	- 0,4	+ 2,3	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3
Staat	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,3	- 0,5	+ 6,7	- 1,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>										
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,0	- 6,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3
Bauten	+ 0,2	+ 2,3	+ 1,8	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4
<b>Inländische Verwendung</b>										
Exporte	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,8	- 10,8	+ 12,7	+ 6,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,8
Importe	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,7	- 9,4	+ 14,5	+ 4,6	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>										
	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die **Investitionen** werden 2022 noch durch die Investitionsprämie gestützt. Da jedoch energieintensive Industriebranchen beson-ders vom Anstieg der Energiepreise (vor al-lem bei Erdgas) betroffen sind und ein Ener-gieembargo die Produktionsmöglichkeiten dieser Bereiche stark einschränken würde, dürften die Ausrüstungsinvestitionen (ein-schließlich sonstiger Anlageinvestitionen) 2022 nur um 4½% ausgeweitet werden (-1 Prozentpunkt gegenüber der mittelfristi-gen WIFO-Prognose vom Oktober 2021). Bis 2024 dürfte das Wachstum dann auf 2¼% zurückgehen. Durch die Senkung des Kör-perschaftsteuersatzes und die Einführung

eines (Öko-)Investitionsfreibetrages wird die Investitionstätigkeit 2025 wieder etwas zu-nehmen.

Der Umstieg auf eine CO<sub>2</sub>-ärmere Produkti-onsweise erfordert zwar höhere Investitionen in Bereichen der Energiewende, die gestie-gene Unsicherheit infolge des Ukraine-Krie-ges dürfte jedoch insbesondere in der In-dustrie zu einer Zurückhaltung bei Kapazi-tätsausweitungen führen. Die derzeitige Lage erschwert den Unternehmen die Ein-schätzung ihrer mittelfristigen Wettbewerbssi-tuation: So ist aktuell kaum abschätzbar, wieviel russisches Erdgas nach einem Ende

des Krieges nach Österreich bzw. in die EU fließen wird. Unklar ist auch, wie sich eine etwaige Aufhebung noch bestehender EU-Schutzzölle auswirken würde, die die Imports substitution von Vorprodukten und Halbfertigwaren erleichtern soll, die im Falle eines Erdgasembargos nicht mehr in ausreichender Menge in Europa produziert werden können.

**Für die Gesamtwirtschaft wird 2022 ein BIP-Wachstum von 3,9% erwartet. Bis 2026 schwächt sich das Wirtschaftswachstum auf 1,4% ab.**

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird für die Gesamtwirtschaft **2022** mit einem **BIP-Wachstum von 3,9%** gerechnet. In den Folgejahren wird sich das **Wirtschaftswachstum bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 1,4%** abschwächen (-0,4 Prozentpunkte gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2021). Im Vergleich zum Euro-Raum dürfte das durchschnittliche BIP-Wachstum 2022/2026 in Österreich um 0,1 Prozentpunkt p. a. geringer ausfallen (mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2021 +0,2 Prozentpunkte).

### 3.2 Trendoutput und Outputlücke

Das Wachstum des Trendoutputs entspricht dem mittelfristigen Wachstumstrend einer Volkswirtschaft und beschreibt jenes Produktionsniveau, das mit stabiler Inflation und Vollbeschäftigung erreicht wird. Die Outputlücke als die relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput gibt den Grad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung an und spiegelt die konjunkturelle Lage wider. Eine negative Outputlücke zeigt eine unterdurchschnittliche Auslastung an, während eine positive mit einer überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung und steigendem Inflationsdruck verbunden ist.

Die Outputlücke als Indikator für den steigenden Inflationsdruck ist in Normalzeiten von zentraler Bedeutung für die Geldpolitik. Sie dient auch als Richtwert für die Fiskalpolitik, welche versucht, die kurzfristigen negativen Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf die Haushaltseinkommen abzufedern und zugleich mittelfristig die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Ein Vergleich der Outputlücke mit der Veränderung des primären Finanzierungssaldos zeigt, ob die Fiskalpolitik pro- oder antizyklisch wirkt.

Der mittelfristige Wachstumstrend wird durch das Bevölkerungswachstum, die Kapitalakkumulation und das Produktivitätswachstum bestimmt. Die tatsächliche Wirtschaftsleistung kann aufgrund konjunktureller Schwankungen oder exogener Schocks wie der COVID-19-Pandemie oder dem aktuellen Energiepreisschock kurzfristig vom Trendoutput abweichen, sollte sich diesem aber mittelfristig annähern. Schätzungen des Trendoutputs sind immer mit Unsicherheiten behaftet, da die zugrunde liegenden

mittelfristigen Trends nicht beobachtbar sind. Besonders hoch ist die Unsicherheit in Krisenzeiten, wenn die zugrundeliegenden Prognosen selbst sehr unsicher sind.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der konjunkturelle Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014). Die Methode der Europäischen Kommission basiert auf Schätzungen einer strukturellen Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) und des Wachstums der Gesamtfaktorproduktivität (TFP). Die strukturelle Arbeitslosenquote beschreibt das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt. Die NAWRU-Schätzung beruht auf einer Reihe von konjunkturellen, strukturellen und institutionellen Bestimmungsfaktoren der Lohn- und Preissetzung (Hristov et al., 2017). Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Beitrag zum Trendwachstum, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann.

Das WIFO schätzt den Trendoutput und die Outputlücke nach Methode der Europäischen Kommission auf Basis von historischen Daten (bis 2021) und der WIFO-Konjunkturprognose 2022/23. Eine schwächere Investitionsdynamik trägt zusammen mit einer Revision der Arbeitslosenquote laut Eurostat sowie der NAWRU zu einer Abwärtsrevision des Trendoutputs bei. Andererseits steigert die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen aus der Ukraine den Trendoutput. Dieser Arbeitsangebotseffekt gleicht 2022/23 die Abwärtskorrektur aufgrund der schwächeren Investitionstätigkeit und der NAWRU-Revision mehr als aus.

Das Trendwachstum schwächt sich ab 2024 deutlich ab, sodass sich über den gesamten Prognosezeitraum nur ein geringfügiger Revisionsbedarf ergibt. Das WIFO rechnet für die Jahre 2022 bis 2026 mit einem durchschnittlichen Trendwachstum von 1,3% p. a. (Abbildung 2).

Die Herbstprognose der Europäischen Kommission vom November 2021 schätzte das mittelfristige Trendwachstum in Österreich auf 1,4% p. a. (Ø 2022/2026; Europäische Kommission, 2021). Übersicht 4 vergleicht die aktuelle WIFO-Schätzung laut der Methode der Europäischen Kommission mit deren eigener Schätzung vom November 2021, zerlegt in die Beiträge der TFP, der Arbeit und des Kapitals. In der WIFO-Schätzung sind die Beiträge der TFP und des Kapitals jeweils um 0,1 Prozentpunkt niedriger als in der Herbstprognose der Europäischen Kommission, während der Beitrag der Arbeit um 0,1 Prozentpunkt höher ist.

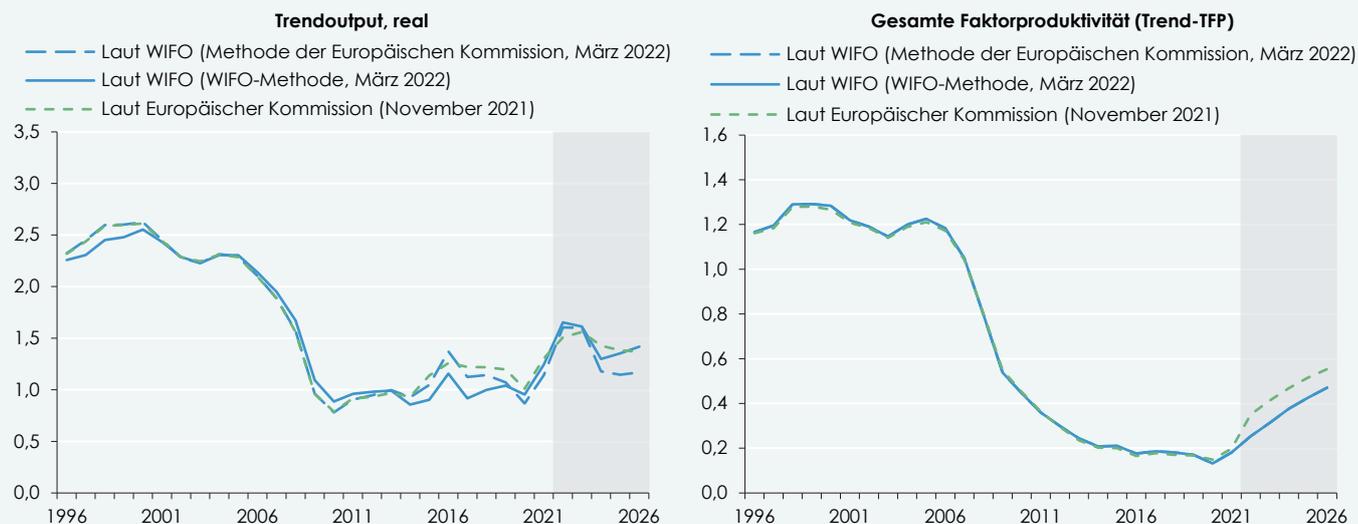
## Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
<b>Methode der Europäischen Kommission<sup>1)</sup></b>											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	- 0,6	+ 0,1	- 5,4	- 2,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
<b>WIFO-Methode<sup>2)</sup></b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,9	- 0,2	+ 0,9	- 5,0	- 2,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3
<b>Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2021)</b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,4	+ 4,9	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	- 0,9	+ 0,3	- 5,8	- 2,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. – <sup>2)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 2: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt eine Schließung der Outputlücke von -2,3% (2021) bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 3). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke,

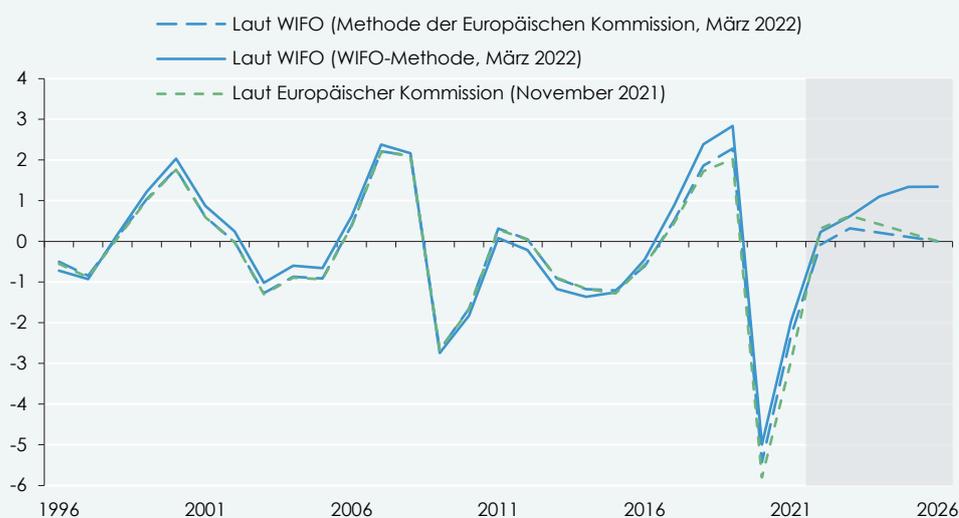
wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des

geschätzten Produktionspotentials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß WIFO-Methode ergibt ein etwas kräftigeres Trendwachstum von 1,5% p. a. (Ø 2022/2026) und eine größere

Outputlücke von durchschnittlich 0,9% des Trendoutputs. Die Outputlücke bleibt mittelfristig positiv, da das erwartete reale BIP-Wachstum laut WIFO-Prognose stets über dem Trendwachstum liegt.

Abbildung 3: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Arbeitslosenquote wird bereits 2022 das Vorkrisenniveau erreichen und bis 2026 auf 6% sinken.

Aufgrund des kräftigen Preisanstiegs bei Energie dürfte die Inflation in Österreich im Durchschnitt 2022/2026 bei 3,2% p. a. und damit über dem EZB-Ziel von 2% liegen.

### 3.3 Arbeitsmarkt

Das BIP-Wachstum von 3,9% im Jahr 2022 geht mit einem Anstieg der Beschäftigung um 2,1% einher; bis zum Ende der Prognoseperiode schwächt sich das Beschäftigungswachstum auf 0,9% ab. Das **Arbeitskräfteangebot** wird im Prognosezeitraum um durchschnittlich 0,8% (oder rund 33.100 Personen) pro Jahr wachsen. Dies resultiert zum einen aus der weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. durch die schrittweise Anhebung des Fraueneinstiegalters ab 2024) und zum anderen aus einem Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes, zu dem nach WIFO-Schätzung bis Ende 2023 etwa 30.000 Erwerbspersonen aus der Ukraine beitragen (Schiman & Ederer, 2022). Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen deutlich höher ausfallen und sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil aller ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 26% ansteigen (2021: 22,5%).

Die Arbeitslosenquote laut AMS wird nach dem Anstieg auf 9,9% im Jahr 2020 bis 2026 auf 6,0% sinken. Das Vorkrisenniveau von 7,4% dürfte bereits 2022 erreicht werden.

### 3.4 Inflation und Löhne

Die hohe Güternachfrage und Angebotsengpässe führten 2021 auf den Weltmärkten zu kräftigen Preissteigerungen bei Rohstoffen (Holz, Erze, Rohöl), Energie (Mineralölprodukte, Erdgas, Strom) und Vorprodukten (z. B. Microchips). Gemeinsam mit höheren Transportkosten (Schiffscontainer- und Lkw-Verkehr) trieb dies die Preise für importierte Güter und die inländischen Produktionskosten nach oben. Dies schlug sich in der Folge verzögert in den Verbraucherpreisen für Waren, Treibstoffe, Haushaltsenergie und Nahrungsmittel nieder. Die Inflationsrate stieg dadurch 2021 auf 2,8% (2020: 1,4%). Durch die Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie und den Ukraine-Krieg gewann der Preisauftrieb im I. Quartal 2022 nochmals deutlich an Schwung. Von den Dienstleistungen wird 2022 durch das Auslaufen der Mehrwertsteuerbegünstigung für die von der COVID-19-Pandemie besonders betroffenen Sektoren (Gastronomie, Beherbergung und Veranstaltungswesen) ein zusätzlicher Inflationsbeitrag von voraussichtlich 0,4 Prozentpunkten ausgehen. Die ab 1. Juli 2022 wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird mit etwa 0,1 Prozentpunkt zur Teuerung beitragen. Unter der Annahme, dass russisches Erdöl und Erdgas weiterhin fließen, wird für 2022 im Jahresdurchschnitt eine Inflationsrate von 5,8% prognostiziert,

wobei der Höhepunkt des Preisauftriebs im II. Quartal erwartet wird und in den Folge-monaten eine leichte Entspannung folgen sollte.

Da die Energiepreisanstiege im europäi-schen Großhandel erst verzögert an die pri-vaten Haushalte weitergegeben werden, wird der Bereich Haushaltsenergie auch 2023 zur Teuerung beitragen. Ein (im Jahres-durchschnitt) negativer Inflationsbeitrag dürfte dagegen von den Mineralölproduk-ten ausgehen. Durch die inflationsbedingt höheren Bruttonominallohnschlüsse pro Kopf im Jahr 2022 (+3,4%) wird für 2023 zu-dem ein höherer inländischer Preisdruck er-wartet.

Die Inflationsrate fällt mit 3¼% auch 2023 deutlich höher aus als im langjährigen Durchschnitt (2010/2019 +1,9% p. a.). Für die Folgejahre bis 2026 wird mit einem leichten Rückgang auf 2¼% gerechnet. Die Teue-rung in Österreich dürfte damit auch mittel-fristig über dem EZB-Ziel von 2% liegen, was vor allem auf die Energiepreise (einschließ-lich CO<sub>2</sub>-Bepreisung) und höhere Lohnab-schlüsse infolge der anhaltenden (und dem-ografisch zunehmenden) Arbeitskräfte-knappheit zurückzuführen ist.

Die **Reallöhne** werden 2022 aufgrund der hohen Inflation deutlich sinken (-2¼%). Durch die Steuerreform und erste Maßnah-menpakete zur Abfederung der Kaufkraft-verluste gehen die Nettoreallöhne pro Kopf lediglich um 1,1% zurück. Für 2023 wird be-dingt durch die hohe Inflation im Vorjahr mit einem markant höheren Reallohnzuwachs gerechnet (+1,6%). Da sich die Arbeitskräfte-knappheit aufgrund der demografischen Entwicklung (zunehmende Pensionsantritte der Baby-Boomer-Generation) verstärkt, werden für die Jahre 2024/2026 (+0,7% p. a.) kräftigere Reallohnsteigerungen als vor der COVID-19-Krise erwartet (Ø 2010/2019 +0,2% p. a.), womit sich die Lücke zum gesamtwirt-schaftlichen Produktivitätswachstum (Ø 2024/2026 +0,7% p. a.) beinahe schließt.

### 3.5 Öffentlicher Sektor

Trotz der Belastungen durch geopolitische Verwerfungen und eine noch nicht über-standene Gesundheitskrise wird der Budget-pfad im Prognosezeitraum 2022 bis 2026 wes-entlich von der erwarteten günstigen nomi-nellen Konjunktorentwicklung beeinflusst. Spürbare budgetäre Entlastungen gehen vom Auslaufen zahlreicher COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen aus. Belastend wirken hingegen das stufenweise Inkrafttre-ten der ökosozialen Steuerreform ab dem Jahr 2022, die beiden im I. Quartal 2022 kurz-fristig beschlossenen Maßnahmenpakete zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes durch die starke Teuerung, sowie die Aufwendun-gen für Schutzsuchende aus der Ukraine.

Die in der aktuellen politischen Debatte für die kommenden Jahre avisierte Aufstockung des Verteidigungsbudgets wurde in dieser mittelfristigen Budgetvorausschau noch nicht berücksichtigt, da der Umfang und der zeitliche Fahrplan für eine quantitative Ein-schätzung noch zu unkonkret sind. Budgetär weitgehend neutral wirken hingegen die kli-mapolitischen Investitionen, die aus dem Aufbauprogramm NextGenerationEU finan-ziert werden.

Nachdem in den Jahren 2020 und 2021 krisenbedingt außerordentlich hohe Budget-defizite verzeichnet wurden, ist in den kom-menden Jahren – trotz der vorgesehenen Entlastungen für private Haushalte und Un-ternehmen und ungeachtet der zusätzlichen diskretionären Ausgabenprogramme zur Ab-milderung der Folgen des Energiepreisanstie-ges – eine spürbare Verbesserung des ge-samtstaatlichen Finanzierungssaldos zu er-warten.

Für 2022 wird mit einem Defizit in Höhe von 2,4% des BIP gerechnet; 2023 sollte sich der Saldo nochmals deutlich auf -1,1% des BIP verbessern. Für die Folgejahre wird ein weite-erer, schrittweiser Rückgang der Neuverschul-dung bis auf -0,4% des BIP (2026) prognosti-ziert.

Budgetäre Verbesserungen resultieren 2022 insbesondere aus dem Rückgang der Auf-wendungen für Kurzarbeit, dem Wegfall des Ausfallsbonus und des Fixkostenzuschusses, sowie dem Abbau von Unterstützungsleistun-gen des Non-Profit- und des Härtefallfonds. In Summe dürften dafür um etwa 12 Mrd. € weniger an Subventionen und Transfers aus-geschüttet werden als im Vorjahr. Aufgrund der modifizierten Teststrategie und sinkender Ausgaben für COVID-19-Impfungen wird zu-dem vor allem für 2022 ein deutlich schwä-cherer öffentlicher Konsum erwartet. Die ver-besserte Arbeitsmarktlage entlastet die öf-fentlichen Haushalte ebenfalls spürbar.

Dem stehen ab 2022 Mehrausgaben durch den Klimabonus gegenüber; sie betragen zunächst rund 1,3 Mrd. € und werden über den Prognosezeitraum leicht steigen. Die Ausgaben für die Betreuung der Ukraine-flüchtlinge werden für 2022 und 2023 mit ins-gesamt etwa 1,7 Mrd. € veranschlagt. Diese Schätzung ist jedoch mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, sowohl hinsichtlich des Ausmaßes der Fluchtbewegung als auch mit Blick auf die (kurzfristige) Integra-tion der Geflüchteten in den heimischen Ar-beitsmarkt (Betreuungspflichten, Spracherwerb).

Die für 2022 und 2023 erwarteten hohen In-flationsraten werden sich auch in der Ausga-bendynamik bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor sowie bei den an die Teuerung gekoppelten Pensionsausgaben

**Aufgrund der hohen Inflation sinken 2022 die Bruttoreallöhne um 2¼%. Die Steuerreform und Energiekostenpakete dämpfen jedoch den Rückgang der Netto-reallöhne.**

**Für 2022 wird im Staats-sektor mit einem Defizit von 2,4% des BIP ge-rechnet. Bis 2026 wird ein schrittweiser Rück-gang der Neuverschul-dung bis auf 0,4% des BIP erwartet.**

niederschlagen. Energiekosten- und Teuerungsausgleich werden im Jahr 2022 die Budgets einmalig mit 0,8 Mrd. € belasten. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte über die Zinsausgaben, die viele Jahre anhielt und auf ein niedriges Zinsniveau sowie das Abreifen höherverzinslicher Anleihen zurückzuführen war, kommt im Prognosezeitraum zu einem Ende. Unter diesen Voraussetzungen sollte die Staatsausgabenquote in moderatem Tempo von 51,3% (2022) geringfügig auf 49,0% (2026) sinken.

**Die hohe Inflation sorgt für ein kräftiges Wachstum der Steuereinnahmen, schlägt sich aber auch in höheren Ausgaben für Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor sowie Pensionen nieder.**

Die ökosoziale Steuerreform entlastet durch die stufenweise umgesetzte Einkommensteuertarifreform, die Erhöhung des Familienbonus Plus und die gestaffelte Senkung der Krankenversicherungsbeiträge in den Jahren 2022 bis 2024 die privaten Haushalte und Unternehmen jährlich um etwa 1,5 Mrd. €. Im Vollausbau ab 2025 wird die Entlastung kumuliert knapp 7,8 Mrd. € betragen. Die temporäre Senkung der Energieabgabe schlägt in den Jahren 2022 und 2023 zusätzlich mit insgesamt rund 0,9 Mrd. € zu Buche. Die Senkung des Körperschaftsteuertarifes, der Öko-Investitionsfreibetrag, sowie neue Abschreibungsregelungen führen in den öffentlichen Haushalten ab 2024 zu jährlichen Mindereinnahmen von etwa 1 Mrd. €. Die neu eingeführte CO<sub>2</sub>-Abgabe bedingt dagegen jährlich steigende Mehreinnahmen, die allerdings durch Entlastungsmaßnahmen für Härtefälle und für von "Carbon Leakage" betroffene Sektoren gemindert werden. Als Nettomehreinnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Beprei-

sung werden 2022 etwa 0,3 Mrd. € erwartet; bis zum Ende des Prognosezeitraumes dürfen diese auf über 1½ Mrd. € ansteigen.

Der starke Anstieg der Inflation schlägt sich in einem kräftigen Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen und der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer infolge der Tarif-Progression nieder. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Sozialbeiträgen und der Körperschaftsteuer entwickeln sich ebenfalls weiterhin positiv. Unter den genannten Bedingungen steigen die Staatseinnahmen im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4,4% pro Jahr. Im Zusammenspiel von dynamischem Aufkommenswachstum und steuerlichen Entlastungen bleibt die Einnahmenquote des Staates mit durchschnittlich 48,8% des nominellen BIP über den Prognosezeitraum nahezu konstant.

Die Staatsschuldenquote wird nach dem deutlichen Anstieg von 70,6% des BIP (2019) auf über 83% des BIP (2020), der auf den konjunkturellen Einbruch und die zahlreichen temporären Hilfs- und Rettungspakete des Bundes und der Länder zurückzuführen war, mit der Verbesserung des Finanzierungssaldos bereits 2022 wieder unter die 80%-Marke sinken (79,1% des BIP). Moderate Budgetdefizite und ein vergleichsweise hohes nominelles BIP-Wachstum werden bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2026 zu einem Rückgang der Staatsschuldenquote auf 69% des BIP führen.

#### 4. Prognoserisiken

**Die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine stellen für die vorliegende Prognose die bedeutendsten Abwärtsrisiken dar.**

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere der Ukraine-Krieg bedingen für die ersten Jahre der Prognose bedeutende (vor allem Abwärts-)Risiken. Eine erneute Verschärfung von Lieferengpässen und starke Preisanstiege bei Energie, Getreide und Rohstoffen könnten die künftige Wirtschaftsentwicklung deutlich dämpfen. Das Auftreten neuer, gefährlicherer und/oder hochansteckender Varianten des SARS-CoV-2-Virus, im Besonderen solcher, vor denen die bisher verabreichten Impfungen keinen Schutz bieten, könnte die Regierungen im Herbst 2022 und Anfang 2023 erneut zu Restriktionen nötigen und die weltweite Wirtschaftsentwicklung abermals deutlich hemmen.

Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. zu einer stärkeren Fluchtbewegung, zu Liefereinschränkungen bei Erdöl und Erdgas und/oder zu einer Ausweitung der EU-Sanktionen auf russische Energierohstoffe führen. Im Falle eines Erdgaslieferstopps bzw. eines Embargos würde vor allem die europäische Wirtschaft in eine Rezession schlittern. Gleichzeitig würde die Inflation

höher ausfallen als in der Prognose unterstellt. Für ein solches Szenario rechnen aktuelle Schätzungen für Deutschland mit einem BIP-Rückgang zwischen 3% und 6%<sup>5)</sup>.

Für Österreich liegen derzeit noch keine vergleichbaren Berechnungen vor. Da der Anteil des russischen Erdgases an den gesamten Erdgasimporten in Österreich deutlich höher ist als in Deutschland (2021: 86% gegenüber unter 40%) und Österreich als Binnenland auf die Lieferung über Pipelines angewiesen ist, lassen sich entfallene Liefermengen hierzulande schwieriger durch andere Quellen ersetzen als in Deutschland. Auch eine Kompensation von Erdgas durch andere Energieträger gestaltet sich in Österreich schwieriger, da der in Gaskraftwerken erzeugte Strom weder durch Kohle- noch durch Atomkraftwerke ersetzt werden kann. Damit ist in der heimischen Industrie und in der Stromerzeugung im Falle eines Lieferstopps mit einem stärkeren wirtschaftlichen Einbruch zu rechnen als in Deutschland. Falls die Behörden im kommenden Winter infolge des Ausbleibens russischer Erdgaslieferungen

<sup>5)</sup> Siehe Berger et al. (2022) und Deutsche Bundesbank (2022) für eine Zusammenstellung der verfügbaren Studienergebnisse für Deutschland.

eine Bewirtschaftung von Energie vornehmen müssen, würde das nicht zuletzt für die in Österreich bedeutsame Tourismuswirtschaft schwerwiegende Konsequenzen haben. Da diese Branche am Ende der Wertschöpfungskette angesiedelt ist, würde sie nicht prioritär (und damit sehr wahrscheinlich gar nicht) versorgt werden. Insgesamt dürften daher die zu erwartenden wirtschaftlichen Schäden für Österreich deutlich höher anzusetzen sein, als die Schätzungen für Deutschland nahelegen.

Auch ein neuerliches Aufflammen der COVID-19-Pandemie im Herbst bzw. Winter könnte die touristische Wintersaison 2022/23 gefährden und erneut zu markanten Umsatzausfällen führen.

Mit der Fortdauer des Krieges, zunehmender Zerstörung und weiteren Gräueltaten an der Zivilbevölkerung wird auch die Zahl der in der EU schutzsuchenden Personen aus der Ukraine zunehmen. Eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU könnte auch andere Migrationsströme nach Europa wieder verstärken. Neben den Herausforderungen in der Versorgung und Integration der Geflüchteten ergibt sich daraus mittelfristig aber auch ein Potential für eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes.

Derzeit liegen die Inflationserwartungen im Euro-Raum noch nahe am EZB-Ziel von 2%.

Eine anhaltend hohe Inflation und ein Vertrauensverlust in die EZB bergen mittelfristig jedoch die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Aufwärtsspirale aufgrund steigender Lohnforderungen und der sich durch die Unübersichtlichkeit ergebenden Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen. Dies gilt insbesondere in einer Situation, in der die Ersparnisse der privaten Haushalte im Vergleich zu früheren Jahren hoch und die Realzinsen weiterhin (stark) negativ sind. In einer solchen Situation würde die höhere Nachfrage zwar die BIP-Entwicklung stabilisieren, zugleich aber die Inflation noch weiter anheizen.

Ein Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken würde dazu führen, dass sich die österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie das Abgabenaufkommen in Österreich würden schwächer, die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen als angenommen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Pflege, Pensionen, Bildung oder Finanzausgleich. Ebenso wenig wurden zusätzliche Maßnahmen im Bereich Klimaschutz unterstellt.

## 5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86). (5). OeNB.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Fink, M., Pitlik, H., & Rocha-Akis, S. (2021a). Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024. *WIFO-Monatsberichte*, 94(10), 711-736. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/68089>.
- Berger, E., Bialek, S., Garnadt, N., Grimm, V., Other, L., Salzmann, L., Schnitzer, M., Truger, A., & Wieland, V. (2022). A potential sudden stop of energy imports from Russia: Effects on energy security and economic output in Germany and the EU. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Working Paper*, (01/2022).
- Deutsche Bundesbank (2022). Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario. *Monatsbericht*, 74(4), 15-31.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2021). European Economic Forecast. Autumn 2021. *European Economy, Institutional Papers*, (160).
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Schiman, S., & Ederer, S. (2022). Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 215-230. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69642>.
- U.S. Energy Information Administration – EIA (2022). Today in Energy: Europe is a key destination for Russia's energy exports. <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=51618> (abgerufen am 14. 3. 2022).